



Presseinformation

Wiesbaden, 08.03.2019

Sicher sein und sicher fühlen in Wiesbaden

Polizeiliche Kriminalstatistik 2018

Die Wiesbadener Polizei zieht am heutigen Tag eine positive Bilanz in Bezug auf die Entwicklung der Kriminalitätszahlen und der Aufklärungsquote. Im Jahr 2018 wurde in der Landeshauptstadt mit insgesamt 20.364 Fällen das geringste Gesamtstrafataufkommen seit 1984 festgestellt. Die Anzahl der festgestellten Delikte ging um 2.746 Fälle zurück, was einem Rückgang um 11,9 Prozentpunkte entspricht.

Bezüglich der Aufklärungsquote zeigt sich Polizeipräsident Stefan Müller mit der geleisteten Arbeit der Wiesbadener Polizistinnen und Polizisten ebenfalls sehr zufrieden. In den Ermittlungsgruppen und Fachkommissariaten konnten insgesamt 13.038 Straftaten geklärt werden, so dass die Aufklärungsquote nun mit glatt 64,0 Prozent auf dem höchsten Wert seit 1984 liegt.

Da wir im Rahmen des heutigen Termins auch über die Waffenverbotszone und das Sicherheitsgefühl in Wiesbaden informieren möchten, spielt in diesem Zusammenhang die Entwicklung der Straßenkriminalität eine wesentliche Rolle. Gerade die Delikte auf unseren Straßen, Wegen und Plätzen beeinflussen das Sicherheitsempfinden der Menschen wesentlich. Daher ist es besonders erwähnenswert, dass die Fallzahlen im Bereich der Straßenkriminalität um 549 auf 4.139 Fälle zurückgegangen sind und damit den niedrigsten Stand seit 1989 erreicht haben. Gleichzeitig ist es der Wiesbadener Polizei gelungen, die Aufklärungsquote in diesem Deliktsbereich auf 28,5 Prozent zu steigern.

Der Rückgang im Deliktsfeld der Straßenkriminalität ist vor allem auf eine Vielzahl von Kontrollen im öffentlichen Raum, insbesondere durch gemeinsame Maßnahmen der Stadtpolizei, der Hessischen Bereitschaftspolizei und des Polizeipräsidiums Westhessen, zurückzuführen. An 90 Kontrolltagen haben die Einsatzkräfte im Verlauf des vergangenen Jahres im Rahmen des Programmes „Gemeinsam Sicheres Wiesbaden“ starke Präsenz gezeigt und den Kontrolldruck auf der Straße spürbar erhöht. Auch das gezielte Vorgehen gegen Mehrfach-/Intensivtäter hat seinen Teil zur Reduzierung der Fallzahlen, besonders im Bereich der Straßenkriminalität, beigetragen. Im direkten Bezug dazu steht auch der Rückgang bei den Rohheitsdelikten.

Einen großen Anteil an der Reduzierung aller registrierten Straftaten haben auch die Rückgänge im Bereich des Diebstahls und des Betrugs. Weniger erfreulich sind die Feststellungen im Bereich des Wohnungseinbruchdiebstahls, dessen Entwicklung in Wiesbaden nicht dem Landestrend folgt und um 49 Fälle auf insgesamt 568 Einbruchstaten gestiegen ist. Für die Steigerung werden mehrere Intensivtätergruppen, aber auch Einzeltäter, verantwortlich gemacht, die verdächtig sind, ganze Tatserien begangen zu haben.

Zwei Monate Waffenverbotszone

Am 01.01.2019 wurde in der Wiesbadener Innenstadt eine Waffenverbotszone eingerichtet. Seit dieser Zeit wird der Bereich durch Einsatzkräfte der Stadtpolizei, des Polizeipräsidiums Westhessen und der Hessischen Bereitschaftspolizei, oft auch im Rahmen gemeinschaftlich durchgeführter Maßnahmen, mit starkem Kontrolldruck belegt. Dabei wurden in der Waffenverbotszone im Januar und Februar 867 Personen kontrolliert und insgesamt 29 Messer sowie fünf andere gefährliche Gegenstände aufgefunden. Von den 34 Personen, bei denen die Gegenstände aufgefunden wurden, waren 28 bereits polizeilich in Erscheinung getreten.

Bürgermeister Dr. Franz betont jedoch, dass es derzeit noch zu früh für eine seriöse Bewertung im Hinblick auf die Wirksamkeit der Waffenverbotszone sei. „Wir werden weitere Kontrollen, insbesondere im Sommer, abwarten müssen, um konkrete Aussagen treffen zu können“, so Dr. Franz weiter. Der Meinung des Bürgermeisters schließt sich Polizeipräsident Müller an und betont die Wichtigkeit des gemeinsamen Vorgehens für die Sicherheit der Wiesbadener Bürgerinnen und Bürger. „Wenn wir die festgestellten Verstöße der ersten beiden Monate auf das gesamte Jahr, unter Berücksichtigung der Sommermonate hochrechnen, dann zeigt dies deutlich das zu hohe Gefahrenpotenzial, das in der Stadt unterwegs ist.“

Die Einrichtung der Waffenverbotszone in Wiesbaden stieß auch medial auf großes regionales und überregionales Interesse. Dadurch wurde eine weitreichende Information der Bevölkerung erreicht und darüber hinaus eine intensive Diskussion in der Öffentlichkeit angestoßen. Aus den öffentlichen Reaktionen und aufgrund der Feststellungen während der Einsätze vor Ort lässt sich ableiten, dass die Kontrollen bei den Bürgerinnen und Bürgern positiv wahrgenommen werden und den Einsatzkräften nicht selten auch Lob und Anerkennung zu Teil wird.

Stärkung des Sicherheitsgefühls der Wiesbadener Bürgerinnen und Bürger

Bürgermeister Dr. Franz und Polizeipräsident Müller haben in den vergangenen Jahren die Erfahrung gemacht, dass die objektiven Zahlen der Statistiken zwar ein Gradmesser für die Sicherheit in Wiesbaden sind, jedoch das Sicherheitsgefühl und die Kriminalitätsfurcht der Bürgerinnen und Bürger unbedingt in die Gesamtbeurteilung mit einbezogen werden müssen. Die Schere zwischen beiden Parametern scheint dabei immer weiter auseinanderzugehen. Aus diesem Grund wurde ein Maßnahmenpaket geschnürt, um diesem Trend entgegenzuwirken.

- **Bürgerbefragung**

Um noch mehr über das Sicherheitsgefühl der Wiesbadener Bürgerinnen und Bürger zu erfahren, ist im September 2019 eine repräsentative Befragung von jungen Frauen und Männern, im Alter von 16 bis 29 Jahren, durch das Amt für Statistik und Stadtforschung in Planung. Repräsentativ deshalb, weil 10.000 Bürgerinnen und Bürger aus ganz Wiesbaden angeschrieben werden, einen Zugangscode erhalten und dann online zu ihrem Sicherheitsgefühl, zu Situationen und Erfahrungen bzw. Angsträumen (sogenannte Hotspots) hoffentlich zahlreich antworten werden.

- **„AG Sicherheitsgefühl“ im Präventionsrat**

In einer Arbeitsgruppe, die sich mit dem Sicherheitsgefühl der Wiesbadenerinnen und Wiesbadener befasst, werden die Ergebnisse der Bürgerbefragung ausgewertet und analysiert. Auf der Grundlage dieser Analyse werden dann passgenaue Konzepte zur Verbesserung der tatsächlichen Sicherheitslage erarbeitet.

- **Kommunale Sicherheitsinitiative KOMPASS im Westend**

Die Abkürzung KOMPASS steht für KOMmunalProgrAmmSicherheitsSiegel. Mit diesem landesweiten Programm haben Städte und Gemeinden die Möglichkeit, die Sicherheit in ihrer Kommune selbst in die Hand zu nehmen. In Wiesbaden erarbeiten die Polizei, die Bürgerinnen und Bürgern sowie das Ordnungsamt aktuell Maßnahmen für das Westend. Ein gemeinsames Lagebild wurde unter Mitwirkung des Ortsbeirates bereits erstellt. Als nächster Schritt findet am 19. März im Georg-Buch-Haus eine Sicherheitskonferenz mit Akteuren aus dem Stadtteil statt.

- **Präventionsprogramm an Schulen**

Mit einem Präventionsprogramm unter dem Titel „Messer machen Mörder“ sollen Schülerinnen und Schüler Wiesbadener Schulen über die Gefährlichkeit des Messertragens im öffentlichen Raum aufgeklärt werden. Polizeibeamtinnen und -beamte sollen sich mit jungen Menschen austauschen und sie dafür sensibilisieren, dass zwischen dem Griff zu einem Messer und einer schweren Verletzung beim Gegenüber bzw. einem Tötungsdelikt oft nur ein schmaler Grad liegt. Durch die Aufklärung soll deutlich gemacht werden, dass die Folgen eines Messereinsatzes völlig unterschätzt werden und darüber hinaus auch die Gefahr besteht, sich dabei erhebliche eigene Verletzungen zuzufügen.

- **Schutzmänner vor Ort (SvO)**

Auf jedem Wiesbadener Polizeirevier gibt es einen sogenannten „Schutzmann vor Ort“, der in erster Linie Ansprechpartner für die Belange der Bürgerinnen und Bürger in den jeweiligen Stadtteilen ist. Mit einem Werbeprogramm soll das Profil dieser Beamten geschärft und ihre Personen bekannter gemacht werden. Darüber hinaus werden sie häufiger als bisher in Problem- und Angsträumen unterwegs sein.

- **Fußstreifenkonzept**

Ziel des Fußstreifenkonzeptes ist es, wieder mehr Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte im öffentlichen Raum einzusetzen, die auch wahrnehmbar für die Bürgerinnen und Bürger sind. Die Polizei soll zukünftig verstärkt und bewusst ohne Fahrzeuge unterwegs sein, um damit wieder ansprechbarer für die unterschiedlichen Belange der Bevölkerung und für Gewerbetreibende zu werden.